

ISOR aktuell

Mitteilungsblatt
der **Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.**

Nummer 10/2006 ★ 14. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Oktober 2006

Aufruf des DGB zum Aktionstag am 21. Oktober 2006:

Das geht besser. Aber nicht von allein! Für die soziale Erneuerung Deutschlands.

Deutschland sozial gestalten! Das war die Forderung der Gewerkschaften an die Parteien im Bundestagswahlkampf. Das ist und bleibt der Maßstab für die Bewertung der Arbeit der Großen Koalition. Doch vieles, was die Regierung auf den Weg gebracht oder angekündigt hat, löst die Probleme nicht, sondern verschärft sie sogar.

Was ist geplant?

- ▼ Mit dem **Gesundheitsfonds** drohen den Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Die Privatversicherungen sollen fein raus bleiben.
- ▼ **Nullrunden** für die Rentnerinnen und Rentner. Weitere **Renten Kürzungen** durch die Rente mit 67.
- ▼ Immer mehr **Druck auf Arbeitslose**. Weitere Kürzungen sind nicht ausgeschlossen, Arbeitsplätze aber nicht in Sicht.
- ▼ Es fehlen zehntausende von **Ausbildungsplätzen**. Nicht einmal ein Viertel der Betriebe bildet aus. Der Ausbildungspakt von Arbeitgebern und Bundesregierung hilft nicht weiter.
- ▼ Der **Kündigungsschutz** ist in Gefahr. Die Arbeitgeberverbände wollen die **Mitbestimmung** verschlechtern.
- ▼ Die **Mehrwertsteuererhöhung** macht das Leben der Menschen teurer. Gleichzeitig soll es neue **Steuergeschenke für Unternehmen** geben.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern. Wir fordern eine Politik für eine soziale Erneuerung. Eine Politik, die Sicherheit, Perspektiven und Vertrauen schafft.

Unsere Alternativen

- ▼ Wir wollen **Gesundheit für alle** Bürgerinnen und Bürger solidarisch und gerecht finanzieren und keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Wartezimmern und bei der Behandlung.
- ▼ Wir wollen mehr **Arbeit für Jung und Alt** und eine auskömmliche gesetzliche **Altersrente für alle** – und keine Rente mit 67.
- ▼ Wir wollen **Löhne und Gehälter, die zum Leben reichen**. Dazu gehören **Mindestlöhne** nicht unter 7,50 Euro – Arbeit darf nicht arm machen.
- ▼ Wir wollen **mehr Ausbildung**. Firmen, die nicht selbst ausbilden, müssen durch eine Umlage an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. Außerdem wollen wir ein Sofortprogramm für 50.000 zusätzliche Ausbildungsangebote.
- ▼ Wir wollen, dass **Arbeitslose nicht verarmen** und zu Lohndumping gezwungen werden.
- ▼ Wir wollen **Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz** und **mehr Mitbestimmung** in den Unternehmen – und keine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.
- ▼ Wir wollen eine **Steuerpolitik**, die die Binnenkonjunktur stärkt und die **Kapitalgesellschaften fordert** – aber keine Mehrwertsteuererhöhung und weitere Geschenke für Konzerne.

Deshalb rufen die Gewerkschaften zum 21. Oktober alle Bürgerinnen und Bürger auf: Unterstützen Sie eine Politik, die das Leben und Arbeiten der Menschen wirklich verbessert.

Demonstrieren Sie mit uns am 21. Oktober 2006 in Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt!

Aktionstag in Berlin: Vor dem Brandenburger Tor – Beginn 13 Uhr, Ende ca. 15 Uhr

Eröffnung: Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg

Redner: Frank Bsirske, Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di,

Antje Steinke, Arbeitslosenhilfverein DAU wat e.V. Stralsund,

Annelie Buntenbach, Mitglied d. Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstands,

Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Vorprogramm ab 11.00 Uhr

Der Vorstand der ISOR e.V. ruft die Mitglieder, besonders aus Berlin und dem Umland, zur Teilnahme an dem Aktionstag am 21. Oktober auf. Wir treffen uns um 12.30 Uhr Unter den Linden – Ecke Friedrichstraße.

Der Vorstand teilt mit:

Nach Kenntnisnahme eines Berichtes von Prof. Wolfgang Edelmann zum Stand der Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS konnten qualitative Fortschritte festgestellt werden. In seiner nächsten Sitzung wird sich der Vorstand mit einer zusammenfassenden Analyse befassen.

Damit wurden wichtige Voraussetzungen für die Erstellung eines unabhängigen wissenschaftlichen Gutachtens geschaffen, dessen Wert durch voreilige oder als Beeinflussung auslegbare Veröffentlichungen nicht gemindert werden darf.

Noch immer wird uns die Auswertung der beim Bundesverwaltungsamt vorliegenden elektronischen Datenträger verwehrt. Über die Auswertung der im Rechtsanwaltsbüro vorliegenden Entgeltbescheide durch beauftragte Sozialstatistiker wird versucht, diese Lücke bei der Einkommensermittlung abzudecken.

Der Vorstand ist überzeugt, dass die Akzeptanz der in etwa zweijähriger wissenschaftlicher Grundlagenarbeit erreichten Ergebnisse zur Einkommens- und Qualifikationsstruktur des MfS wesentlich dazu beitragen wird, die Geschlossenheit und Einheitlichkeit in unserem Kampf für Rentengerechtigkeit zu erhöhen.

Der Vorstand bereitet sich intensiv auf eine Beratung mit ehemaligen Verantwortungsträgern der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR im November dieses Jahres vor, die zur weiteren Festigung der Solidarität und der noch stärkeren Unterstützung des Kampfes von ISOR beitragen soll.

☆

Die GRH hat sich in einer Anzeige in »Neues Deutschland« am 9/10. September für die vielfältig erwiesenen Solidaritätsbekundungen, darunter auch von ISOR, bedankt.

Darin heißt es u. a.:

»... Als wohltuend empfanden wir, dass befreundete Vereine und Organisationen sowie Mitglieder von Parteien demonstrativ ihre Solidarität und Verbundenheit mit unserer Gesellschaft und ihrem Eintreten gegen Geschichtsklitterung und -fälschung, für Sachlichkeit und Wahrhaftigkeit bekundeten ...«

☆



ISOR-Jubiläen

Nach wie vor erreichen die Redaktion Informationen aus den TIG über festliche Veranstaltungen aus Anlass des 15. Jahrestages der Gründung unserer Initiativgemeinschaft, die wir bedauerlicherweise aus Platzgründen nicht veröffentlichten können, obwohl sie es alle wert wären.

Wir bedanken uns diesmal bei Hans Schneider, TIG **Bützow**, Walter Schelske, TIG **Greifswald**, Siegfried Lorenz, TIG **Leipzig**, Manfred Holfert, TIG **Löbau**, Martin Herrmann, TIG **Marienberg/Zschopau**, Benno Butschalowski, TIG **Prenzlau** und Hugo Dietl, TIG **Wolmirstedt**.

In allen Berichten kommen Freude und der Stolz über das bisher Erreichte zum Ausdruck sowie der Wille, auch die letzten Hindernisse bei der Überwindung des Rentenstrafrechts und des Versorgungsunrechts zu meistern. Es wird Kritisches zu den gesellschaftlichen Verhältnissen und Selbstkritisches zur eigenen Arbeit geäußert, gemeinsam ist allen der Optimismus für die weiteren sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Bemerkenswert ist, dass die Mehrzahl der Versammlungen auch zur kulturellen Erbauung der Mitglieder, Gäste und Sympathisanten genutzt wurde, ist das doch ein wichtiger Aspekt eines ausgeglichenen Vereinslebens.

Sämtliche Beiträge sind auf unserer **Internetseite** nachlesbar.



In unserer Leitungssitzung der TIG **Güstrow** im September befassten wir uns vordergründig mit der Auswertung des Beitrages von Wolfgang Schmidt und der nachfolgenden Schweriner Tagung. So konnten wir voller Genugtuung konstatieren, dass sich alle Mitglieder unserer TIG in fester Solidarität entschlossen, bis zur endgültigen Überwindung des Rentenstrafrechts weiterzukämpfen. Wir konnten dabei zurückblickend immer wieder feststellen, dass sich die Fähigkeit unserer Vereinsfreunde, aktuelle nationale und internationale Veränderungen und Entwicklungstendenzen mit geschichtlichen Hintergründen zu analysieren, gut entwickelt hat. Dabei ließ besonders das Erstarken der NPD in Mecklenburg-Vorpommern die Emotionen in unseren Reihen hochschlagen. Die Ursachen dafür liegen, besonders in unserer Region, so wurde einstimmig herausgearbeitet, in der außerordentlich hohen Dauerarbeitslosigkeit begründet. Darüber hinaus stellten wir fest, dass die in der alten BRD weiterwirkenden nazistischen Kräfte, besonders in den Bereichen der Justiz und der Bundeswehr, heute unheilvoll nachwirken. Man muss sich fragen, welche Wirkung es bei heranwachsenden Jugendlichen

hinterlässt, wenn sie erfahren, dass sich der Fliegerhorst der Bundesluftwaffe in Rostock Laage mit dem Namen des höchstdekoriertesten Jagdfliegers der faschistischen Luftwaffe »Steinhoff« ziert. Fragen muss man sich auch, warum der Verbotsantrag der NPD so schlampig vorbereitet wurde. Ganz abgesehen davon, dass nachgewiesenermaßen der Vertrieb von Tonträgern mit faschistischem Liedgut, obwohl angezeigt, durch die entsprechend zuständigen Gerichte nicht unterbunden wurde (ZDF »Frontal«) und so weiter und so weiter ...

Ein Wort zu der vom Vorstand selbst gestellten Aufgabe, dem Bundesverfassungsgericht nachvollziehbar zu beweisen, warum im MfS mehr verdient wurde, als in der Volkswirtschaft oder bei der NVA.

16 Jahre erlebte BRD lassen erahnen, was bei einem Vergleich des Bundesverfassungsgerichts zur Arbeit und zur Wertung des MfS herauskommt. Skepsis zu dieser Frage entnehmen wir indirekt auch den o.g. Ausführungen von Wolfgang Schmidt.

Die Arbeitszeit im MfS bestimmten zu Zeiten des Kalten Krieges die Erfordernisse der operativen Lage. Diese Lage stellte an der Nahtstelle zwischen Warschauer Vertrag und Nato unverhältnismäßig hohe sicherheitspolitische Anforderungen auch an das MfS und deren Mitarbeiter. Es liegt in der Logik der Dinge, dass man zu dieser Zeit Menschen, die in sicherheitspolitisch relevanten Bereichen tätig waren, finanziell zumindest soweit ausstattete, dass sie allen eventuellen Angriffen widerstanden. Das ist übrigens international üblich und keine besondere Wertschätzung der politischen und staatlichen Führung der DDR. So be-

stimmen die operativen Erfordernisse die Dauer der Arbeitszeit fast aller Mitarbeiter des MfS. Selten war nach 8 Stunden Dienst Feierabend, von regelmäßigen Diensten an Wochenenden und Feiertagen ganz zu schweigen. Wenn die Mitarbeiter des MfS nach Stunden bezahlt worden wären, hätte ihr tatsächlicher Lohn nicht gereicht. Die Folge dieser permanenten Überlastung war u.a. eine überdurchschnittliche Scheidungsrate.

Wir sind politisch nicht so naiv zu glauben, das irgendwer diesen Umständen bei der Beurteilung der Arbeit des MfS Beachtung schenkt. Uns geht es hier vielmehr darum, unseren Vereinsmitgliedern aus anderen bewaffneten Organen unsere Situation zu erklären und damit nicht zuzulassen, dass ein Keil in unsere Reihen getrieben wird.

Wir waren uns im Leitungsgremium unserer TIG einig, – frei nach der Devise »Frau Birthler findet nix und das Bundesverwaltungsamt hat auch nichts gefunden« wird hier von den entsprechenden Stellen eine Verzögerungstaktik ohnegleichen abgezogen. Diese offensichtliche Verzögerungsnummer geht einher mit dem schon grotesk wirkenden Schwingen der Stasi-keule. Wirklich betroffen, traurig und zugleich zornig, macht uns die Tatsache, dass wir Monat für Monat über unsere **ISOR aktuell** vom Ableben vieler Vereinsfreunde Kenntnis erhalten. Betrogen um die ihnen zustehende Rente ihrer Lebensarbeitszeit gingen sie von uns.

Leider arbeitet diesbezüglich die Zeit für die Strafrentenverwalter.

Der Schritt in die richtige Richtung ist für unseren Kampf die Bündelung aller politischen Kräfte unserer Region, die gegen Sozialabbau tätig sind.

So gestaltet sich die Zusammenarbeit mit dem »Rot Fuchs – Förderverein« in den letzten Wochen Dank des Engagements unseres Vorsitzenden sehr vielversprechend.

Klaus-Peter Schlobhauer

Aus der Postmappe

**Betreff: Meinung zur Zwischenbilanz
Hallo Ihr mutigen Kämpfer
an der Rentenfront!**

Aufmerksam habe ich die Zwischenbilanz gelesen. Es macht mir immer wieder Mut, wenn ich lese, mit welcher Sachlichkeit und Konkretheit der Vorstand sich mit den schwierigen juristischen Problemen auseinandersetzt, damit auch wir als ehemalige Angehörige des MfS aus dem Rentenstrafrecht entlassen werden. Diese Arbeit verdient Hochachtung.

Ich gebe nur folgendes zu bedenken: Offensichtlich will man uns mit diesem Hickhack um den Begriff »Durchschnittsverdienst« in einen juristischen Dschungel treiben, aus den wir nicht einmal mehr mit einem scharfen Busch-

messer herauskommen würden. Ich habe während meiner 35jährigen Dienstzeit das verdient, was mir laut Besoldungsordnung zustand, nicht mehr und nicht weniger. Natürlich lag der Verdienst am Beginn meiner Laufbahn (Dienstgrad Matrose) unter dem Durchschnittsverdienst und nach 35 Dienstjahren (zweifacher Hochschulabschluss, Dienstgrad: Major – Dienststellung) höher als der Durchschnittsverdienst des einen oder anderen Werkstätigen in der sozialistischen Volkswirtschaft.

Ich werde den Eindruck nicht los, dass jetzt von einigen politischen Kräften der Versuch unternommen wird, uns mit den Begriffen: »Durchschnittsverdienst« und »Privilegierte« in die Enge zu treiben. Das ist ein impertinentes nicht hinzunehmendes Novum in der Rentengeschichte des deutschen Volkes. Müssen wir das so hinnehmen?

Natürlich hatten wir als Mitarbeiter im MfS Privilegien. Sie bestanden darin, dass wir jede Menge Überstunden schrubben konnten, ohne Luft zu holen. Diese von uns geleisteten Überstunden sind natürlich heute nicht mehr nachvollziehbar und in keiner Finanzplanung festgehalten. Was hat das mit »der besonderen Wertschätzung« auf sich? Unterliegen nicht auch die Angehörigen im BND, MAD und Bundesamt für Verfassungsschutz einer »besonderen Wertschätzung«? Jeder Geheimdienst unterliegt einer »besonderen Wertschätzung«, weil deren Tätigkeit in keinerlei Form mit einer Beschäftigung in der Wirtschaft gleichgesetzt werden darf. Das ist paranoid. Diese Begriffsformulierung ist eine subjektive und keineswegs eine juristische Formulierung. Das sind Wortklaubereien, die an der Realität vorbeigehen.

Die in der Zwischenbilanz getroffene Feststellung: »Dabei wird es immer um das MfS/AfNS gehen und nicht um den Einzelfall. Dieser Standpunkt des Bundesverfassungsgerichtes ist – ob er uns gefällt oder nicht – durch nichts zu erschüttern« bestimmt nach wie vor unser Vorgehen. Gerade die Vielzahl der Einzelfälle,

die jetzt geprüft werden sollen doch letztendlich die Gesamtheit und damit das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bestimmen.

Natürlich wäre ich schon zufrieden, »wenn die Einkommen im MfS/AfNS mindestens bis zur Höhe der Einkommen in den anderen bewaffneten Organen als für die Rentenberechnung maßgeblich« angesehen werden.

Ahoi! – und viel Erfolg in der weiteren Arbeit.
Hartwig Niemann, Rostock

Die AG Recht informiert:

Bescheide nach der Neuregelung des Dienstbeschädigungsausgleichs

Die Versorgungsträger haben begonnen, das neue Gesetz über den Dienstbeschädigungsausgleich umzusetzen.

Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs

Bekanntlich wurde die vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärte Norm, nach der der Dienstbeschädigungsausgleich im Osten niedriger gezahlt wird, wieder in Kraft gesetzt. Danach haben auch die Polizeibehör-

den begonnen, Widerspruchsbescheide zu erteilen. Mit diesen werden die in der Regel 2004 gestellten Anträge auf höheren Dienstbeschädigungsausgleich weiterhin abgewiesen.

Nach Urteilen des Landessozialgerichts Mecklenburg-Vorpommern werden die Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert Revision einlegen. Das Bundessozialgericht soll entscheiden, ob der Dienstbeschädigungsausgleich im Osten weiterhin in der geringeren Höhe gezahlt werden darf. Bis dahin muss gegen die jetzt zugehenden Widerspruchsbescheide fristgemäß geklagt werden, wenn man die Kürzung nicht hinnehmen will. Mit der Klage sollte zugleich das Ruhen des Verfahrens beantragt werden, um die Entscheidung des Bundessozialgerichts in Musterverfahren abzuwarten.

Es besteht die Möglichkeit, mit der Klage die Rechtsanwälte zu beauftragen. Dazu muss die Kopie des Widerspruchsbescheides mit einer Vollmacht so rechtzeitig übersandt werden, dass die Klagefrist eingehalten werden kann (spätestens zwei Wochen vor Fristablauf).

➤ Fortsetzung auf Seite 4

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 103. Geburtstag:

Helmut Wenzel, Bln.-Hhsn.

zum 92. Geburtstag:

Ida Wöhl, Bln.-Karlschorst

zum 91. Geburtstag:

Helmut Schwarz, Bln.-Treptow

zum 90. Geburtstag:

Erich Dolze, Dresden
Hans Froberg, Stralsund

zum 89. Geburtstag:

Willy Lorenz, Plauen-Syrau

zum 88. Geburtstag:

Herbert Bonßdorf, Plauen
Hildegard Kassner, Rostock

zum 87. Geburtstag:

Gertrud Harzbecker, Dresden
Horst Martin, Eisenach
Uwe Peschke, Hohen Neuendorf
Heinz Pietsch, Bischofswerda
Kurt Prauka, Bln.-Köpenick
Ilse Roßberg, Bln.-Hhsn.
Annemarie Seidler, Neustrelitz

zum 86. Geburtstag:

Annemarie Baumann, Weißenfels
Heinz Bochmann, Lehnitz
Anneliese Böhme, Schönebeck
Charlotte Hartwig, Bln.-Pankow
Gerhard Jäger, Bln.-Hellersdorf
Gerhard Liebing, Chemnitz

zum 85. Geburtstag:

Günter Bliesener, Bln.-Hhsn.
Erich Ködderitzsch, Weißenfels
Rolf Porrini, Strausberg
Heinz Schubarth, Hermsdorf
Else Triebler, Bln.-Marzahn
Karl Singer, Bln.-Hellersdorf

zum 80. Geburtstag:

Heinz Adam, Hildburghausen
Helmut Bach, Bln.-Fr'hain
Heinz Bartlau, Zeitz
Rudolf Benedit, Schwerin
Margarete Bettin, Rostock
Werner Breitsprecher, Neustrelitz
Karl-Heinz Brinkmann, Bad Saarow
Kurt Esser, Bln.-Fr'felde
Horst Franke, Ilmenau
Fritz Groß, Aue/Schwarzenberg
Gotthard Heymann, Dresden
Paul Kienberg, Bln.-Treptow
Ilse Krüger, Bln.-Köpenick
Hans-Joachim Kuntze, Leipzig
Margot Künzel, Chemnitz
Walter Lein, Stralsund
Margarete Lieske, Bln.-Li'berg
Erika Linow, Bln.-Hhsn.
Gerhard Meier, Magdeburg
Klaus Neubauer, Bln.-Li'berg
Brunhilde Parschik, Bln.-Li'berg
Ursula Pinsler, Bad Driburg
Werner Popig, Görlitz
Ingeborg Prosch, Bln.-Treptow

Werner Ramm, , Bln.-Fr'felde
Inge Renckwitz, Bln.-Hhsn.
Rudi Schürer, Annaberg-Buchh.
Hans Thies, Neuenhagen
Gertrud Tille, Frankleben
Evalies Topf, Leipzig
Ursula Trost, Bln.-Pankow
Dr. Alfred Winkler, Dresden

zum 75. Geburtstag:

Helga Abraham, Bln.-Weißensee
Günter Bachmann, Chemnitz
Eberhard Barthold, Bln.-Mitte
Herbert Bernig, Rostock
Ingetraut Böttcher, Chemnitz
Günter Carstensen, Bln.-Fr'felde
Edith Daßler, Bln.-Marzahn
Hans Decke, Leipzig
Sigurd Dittrich, Bestensee
Fred Drescher, Bln.-Pankow
Wolfgang Erler, Bln.-Li'berg
Rita Fischer, Oelsnitz
Horst Franke, Artern
Manfred Grohse, Olbersdorf
Anneliese Hallbauer, Bln.-Hhsn.
Irmgard Haupt, Tiefenort
Edith Heiderich, Jena
Werner Herrmann, Sassnitz
Emmi Hillebrandt, Bln.-Treptow
Asmus Johannsen, Rostock
Günter Karlen, Schleiz
Hermann Kauderer, Bln.-Marzahn
Alfred Klaves, Bln.-Fr'felde

Anneliese Klostermann, Bln.-Treptow
Dr. Horst Klugow, Stralsund
Horst Kohlhasse, Sondershausen
Friedrich Krause, Bln.-Fr'hain
Henry Krumpholz, Dörfel/Annaberg
Heinz Kunze, Bln.-Fr'felde
Kurt Lischan, Luckau
Hanna Lukas, Wittenberge
Ingeborg Meja, Bln.-Köpenick
Kurt Olitzsch, Bln.-Marzahn
Dieter Oswald, Magdeburg
Dietrich Pump, Bln.-Treptow
Inge Prehn, Neustrelitz
Werner Reichstein, Bln.-Treptow
Irmgard Reimann, Dresden
Alfred Rudnik, Greifswald
Magda Schmutzler, Leipzig
Siegfried Schulz, Bischofswerda
Gerhard Seemann, Schwerin
Lothar Seidenzahl, Bln.-Fr'hain
Gerhard Seifert, Neuburg
Marlies Siegel, Pdm.-West
Erich Sommer, Strausberg
Erwin Sroka, Salzwedel
Reingard Stangel, Erkner
Siegfried Stuedten, Bln.-Hhsn.
Dietrich Stöhr, Frankfurt/O
Johann Ubl, Chemnitz
Hans Vetterlein, Quedlinburg
Lothar Voigt, Schwerin
Günter Weye, Leipzig
Heinz Wilschewski, Pdm.-Stern
Heino Wirsching, Hildburghausen
Gerhard Wolter, Eilenburg
Heinz Ziolkowski, Bln.-Li'berg

Bescheide des Bundesverwaltungsamtes

Das Bundesverwaltungsamt erteilt an die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS Bescheide über Dienstbeschädigungsausgleich anstelle der vorherigen Dienstbeschädigungsteilrente.

Auch in diesen Bescheiden wird der Dienstbeschädigungsausgleich in der im Osten geringeren Höhe festgestellt, wenn der Betreffende bereits Rentner ist oder das 65. Lebensjahr vollendet hat. Wer das nicht hinnehmen will, muss fristgemäß Widerspruch erheben. Dazu empfehlen wir folgenden Text:

Absender	Datum
Bundesverwaltungsamt Außenstelle Berlin-Lichtenberg 10361 Berlin	
Aktenzeichen des Bescheides des Bundesverwaltungsamtes	
Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit lege ich gegen den Bescheid vom (Datum des Bescheides)	
Widerspruch	
wegen der nach § 84a BVG geminderten Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs ein. Dieser Widerspruch soll ruhen, bis das Bundessozialgericht in Musterverfahren entschieden hat.	
Mit freundlichen Grüßen Unterschrift	

Diesen Widerspruch kann jeder selbst führen. Anwaltliche Unterstützung ist erst erforderlich, wenn das Bundesverwaltungsamt wider Erwarten einen Widerspruchsbescheid erteilen sollte.

Besonderheiten bei Bescheiden des Bundesverwaltungsamtes**a) Mitteilungspflichten**

Alle Bescheide enthalten eine Belehrung über Mitteilungspflichten. Diese bezieht sich auch auf »Änderungen in den Verhältnissen ... über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind.« Damit ist die Beantwortung des Fragebogens gemeint. Sollte diese also von irgend einer amtlichen Stelle in Zweifel gezogen werden, raten wir, die Unterstützung der Rechtsanwälte in Anspruch

zu nehmen. Dazu wäre ein entsprechendes Schreiben in Kopie und eine Vollmacht zu übersenden, ohne dass es sofort selbst beantwortet wird. Was dazu zu sagen ist, sollte man erst einmal den Rechtsanwälten mitteilen.

b) Alterserhöhungsbetrag

Wer das 65. Lebensjahr vollendet hat und zu 50 % oder mehr dienstbeschädigt ist, hat Anspruch auf einen sogenannten Alterserhöhungsbetrag zum Dienstbeschädigungsausgleich. Die Höhe der Dienstbeschädigung gilt als Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit im Sinne des Bundesversorgungsgesetzes. Wer diese Voraussetzungen besitzt, sollte am besten im Rahmen des oben genannten Widerspruchs auch den Altersausgleichsbetrag beantragen. Dazu wird empfohlen, in das Widerspruchsschreiben folgenden Satz einzufügen: »Mit dem Widerspruch beanspruche ich auch den Alterserhöhungsbetrag gem. § 31 BVG.«

c) Bescheide nach einer vorläufigen Leistung

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von November 2001 hat das Bundesverwaltungsamt ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS, die noch nicht Rentner waren, Bescheide über eine vorläufige Leistung in Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs erteilt. Diese Bescheide wurden jetzt ersetzt, aber ohne eine Anlage zum Bescheid, aus der die Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs genau hervorgeht. Wer also eine solche Anlage noch nicht erhalten hat, sollte sie vom Bundesverwaltungsamt verlangen. Erst dann hat er den Nachweis, ob und ggf. ab wann ihm der Dienstbeschädigungsausgleich in geminderter Höhe gezahlt wird. Erst das ermöglicht, dagegen Widerspruch zu erheben.

d) Dienstbeschädigungsausgleich nach Dienstbeschädigungsvollrente

Durch das Dienstbeschädigungsausgleichsgesetz erhalten auch Dienstbeschädigungsvollrentner wieder eine Entschädigung für ihre Dienstbeschädigung. Diese wird zunächst unter Vorbehalt mit 70 % festgesetzt. Nach einer Nachuntersuchung erfolgt eine Neufestsetzung. Falls diese wider Erwarten niedriger als 70 % ausfällt, sollte man auch deshalb Widerspruch erheben und anwaltliche Unterstützung in Anspruch nehmen.

Der Geschäftsführer teilt mit:**Neue Sprechzeiten der AG Recht beim Vorstand ab 01.11.2006:**

Jeweils am 1. und 3. Donnerstag des Monats von 15.00 bis 17.00 Uhr im Raum 341 Franz-Mehring Platz 1, 10243 Berlin

Von Mitglied zu Mitglied:

Herbst-/ Winterurlaub im beheizb. Ferienhaus **Meckl. Seenplatte** Raum Mirow, Neustrelitz
Tel.: 0395 4220346 od. 03982 73030611

	Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder	
<p>GÜNTER BARTELS, Pdm.-Hubertusdamm JOHANNES BERNDT, Karow ALFRED BEYER, Heidesee OT Bindow REINHARD BIELE, Meißen BERND BÖHME, Leipzig THEO BRUNNER, Glienicke HEINZ CLEMENS, Frankfurt/Oder RUDOLF ELIAS, Bln.-Fr'felde u. Basdorf OTTO KAR ENDTMANN, Hoyerswerda GERHARD HAASE, Bln.-Li'berg GÜNTER HENKEL, Rostock GÜNTER HESS, Bln.-Treprow RUTH HESS, Suhl HARRY KLEBER, Bln.-Fr'hain HORST KRAUS, Oelsnitz HENRY MARKERT, Zernsdorf EDMUND OTTO, Zühlsdorf KURT PAWELZIK, Grimmen WILFRIED RENGER, Bln.-Hhsn. ULRICH RIECK, Stavenhagen MAGDALENE RIEDEL, Chemnitz-Grüna CHRISTOPH SASS, Pritzwalk DORIS SCHIDLÓWSKY, Plauen WERNER SCHUMANN, Chemnitz INGE STEIN, Zittau HORST TYLKOSKI, Tangerhütte KURT VATHKE, Pdm.-Hubertusdamm FRANZ VIEHWEG, Karlshagen HERTA WENZEL, Bln.-Köpenick GERDA WIETIG, Rostock MANFRED WOITON, Cottbus</p>		
Ehre ihrem Andenken.		

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.09.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.10.2006

Einstellung im Internet: 03.11.2006

Auslieferung: 09.11.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr

Ab 01.11.06: jeden 1. und 3. Donnerstag, 15 bis 17 Uhr